

tags, die endlich ihre Beratungen begonnen haben, dürfen an die Erledigung der den gesetzgebenden Körperschaften zugegangenen Regierungsvorlagen nicht eher herangehen, bevor nicht eine wirksame Erfassung des Besizes und der großen Einkommen durchgesetzt ist. Die Steuerabgabe der kapitalistischen Kreise muß damit beantwortet werden, daß ihre wirtschaftlichen Manipulationen unter die strenge Kontrolle des Reichs gestellt werden. Die erpresserischen Bedingungen der Großindustriellen für ihre Kreditation muß dadurch erledigt werden, daß die Erfassung der Sachwerte und die Beteiligung des Reichs an den Erträgen des Kapitals schleunigst durchgeführt wird.

Die Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten haben in ihren Forderungen den Weg gewiesen, den die Regierung jetzt gehen muß. Nichts ist in ihnen enthalten, das nicht sofort verwirklicht werden könnte. Wenn der steuerliche Apparat des Reichs sich als unzulänglich erweist, um die notwendigen steuerlichen Maßnahmen durchzuführen, so werden die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sofort zur tatkräftigen Unterstützung bereit sein. Diese Unterstützung muß um so größere Wirkungen erzielen, als hinter ihnen nicht nur die sozialistischen Parteien stehen, sondern sich die gesamte werktätige Bevölkerung, gleichviel in welchem Parteilager sie steht, mit dem Inhalt der gewerkschaftlichen Forderungen einverstanden erklärt hat.

Jetzt keine Gewaltpolitik gegen die darübende Bevölkerung! Wenn Gewalt anzuwenden ist, so muß sie sich gegen jene Kreise richten, die ihr eigenes Vaterland in der Stunde der Gefahr immer wieder im Stiche lassen, die dem Reich die Mittel zu seiner Existenz verweigern, denen die Not des Volkes gerade gut genug ist, um sie für ihre Profitinteressen auszunutzen. Jetzt helfen keine Stöße auf den Magen der Hungernden mehr, sondern das Reich muß an die Geldherrscher der besitzenden Klassen heran!

Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel

Ämtliche Bekanntmachung

Berlin, 22. November.

Unlautere Elemente haben in den letzten Tagen Versammlungen unter freiem Himmel und Straßendemonstrationen dazu benutzt, um zu allgemeinen Unruhen aufzuwecken. Stimmlose Zerschörung und Bländung von Vätern aller Art, Gefährdung der Lebensmittellieferung von Berlin und Festnahme von bisher über 100 Personen, zum größten Teil unruher baldmöglichst durchzuführen, die jetzt schwerer Bekämpfung entgegenstehen, sind der Erfolg dieser verwerflichen Tätigkeit. Ich verbiete daher wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel, also auch alle Straßenumzüge und Straßendemonstrationen.

Der Reichspräsident, gen. Richter.

Die Rede Briands

Briand fuhr fort, aber man sage, so liegt die Gefahr nicht, denn Deutschland habe kein Material mehr. Gewiß, die Kontrollkommission habe vieles getan. Man habe aber während des Krieges gesehen, mit welcher Geschwindigkeit ungeheure Heere gebildet worden seien, ausgerüstet mit Material. Deutschland habe eine große Industrie, und seine Industrie habe während des Krieges voll gearbeitet und sich seitdem hoch entwickelt. In Deutschland sei noch alles vorhanden, um Kanonen, Maschinengewehre und Gewehre zu fabricieren. Während der gesamten diplomatischen Lage, die man nach Wunsch um einige Wochen verlängern könne, könnten die Deutschen sich wieder in den Stand setzen, Kriegsmaterial herzustellen. Man könne auch Kriegsmaterial im Ausland kaufen. Ein Schiff könne man nicht, ohne daß es die Welt erfährt, in der Welt beschaffen, wohl aber Kanonen, Maschinengewehre und Kanonen verteilt über ganz Deutschland herstellen. Wer könne das kontrahieren? Der Welt erümmerte schließlich an die napoleonische Zeit.

Die Anklage Briands gegen den deutschen Militarismus bildet einen neuen Beweis dafür, wie unheilvoll das

Treiben der deutschen Militaristen auf die gesamte internationale Politik, und insbesondere auf das Verhältnis der übrigen Staaten zu Deutschland einwirkt. Selbst wenn man sich nicht der Erwartung hingibt, daß die Washingtoner Konferenz irgendwelche Maßnahmen zur Einschränkung der Landrüstungen beschließen würde, muß man doch feststellen, daß das hinterhältige friedensfördernde Treiben der deutschen monarchistischen Kreise, die mit allen Mitteln den Nationalismus schüren und den militaristischen Geist aufrechtzuerhalten suchen, den Gegnern der Rüstungsbeschränkungen die wirksamsten Argumente in die Hand gegeben haben. Ludendorff und seine Leute haben sich wiederum als die schlimmsten Feinde des deutschen Volkes, als die besten Bundesgenossen der Gegner Deutschlands erwiesen. Wenn der französische Ministerpräsident Briand sich in seiner Anklage rede auch manche Uebertreibungen hat zusprechen kommen lassen, so kann man nicht leugnen, daß die Anklagen des neudeutschen Militarismus, die sich nicht nur in der Revanchepropaganda der deutschen Nationalisten, sondern auch in dem ganzen Charakter der offenen und geheimen militaristischen Organisationen fundieren, den Versöhnungsgedanken in Frankreich hemmen und die Stellung der französischen Militaristen befestigen müssen.

Andererseits muß freilich mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die rigorosen wirtschaftlichen Forderungen, die von der Entente an Deutschland gestellt werden, den Boden für jene Stimmungen bereiten, die von den deutschen Militaristen und Reaktionen für ihre verderblichen Zwecke ausgeschlachtet werden. So arbeiten sich die profitgierigen, nationalistischen Kreise in allen Ländern gegenseitig in die Hände, so erzeugen sie, drei Jahre nach Abschluß des Weltkrieges, jene Krisen und Konflikte, die dem Reich neuer gewaltiger Erschütterungen in sich tragen. Beseitigt können diese Gefahren nur werden, wenn die arbeitenden Klassen in allen Ländern sich zielbewußt und entschlossen gegen ihre Ausbeuter wenden. Erst dann wird mit den Wurzeln des kapitalistischen Systems auch jede imperialistische und militaristische Gefahr beseitigt werden.

Hilfe den Sozialrentnern!

Reichsfürsorgekongress — Ein Programm für die Umgestaltung der Sozialversicherung

Am Sonntag und Montag tagte im Herrenhaus eine vom „Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands“ einberufene Reichsfürsorgekonferenz. Die Tagesordnung der Konferenz war außerordentlich reichhaltig. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Karsten-Weine referierte über die

Ausgestaltung der Sozialversicherung.

Er führte u. a. aus:

Die Kriegsfolgen zeitigten eine totale Umwertung der deutschen Finanzen und erschütterte die Sozialversicherung in ihren Grundfesten. Es muß verlangt werden, daß in der Sozialversicherung die Finanzgrundlage umgewandelt wird, und zwar in der Richtung des Umlageverfahrens. Die zur Erfüllung der augenblicklichen Not anzubringenden Gelder müssen für die Kostendeckung verwendet und nicht für die Zukunft festgelegt werden. Der Aufbau der gesamten Sozialversicherung muß in einer einheitlichen Organisation gelassen. Die Folge davon wird sein, daß die Verwaltung vereinfacht und daß das Verfahren vereinfacht wird. Damit ist auch die Möglichkeit einer völligen Gleichwertigkeit der Leistungen gegeben. Warum soll zum Beispiel ein Versicherungsnehmer nach 25 Wochen Krankheitsurlaub als Invaliden sehr viel geringere Leistungen erhalten wie als Krankenkassenmitglied. Warum Differenzierung der Leistungen an Arbeiter und Angestellte? Ein bescheidenes Existenzminimum muß den Arbeitsinvaliden unbedingte gesichert sein. Nur durch eine massvolle Organisation, durch emsige Arbeit und Kampf werden die Arbeitsinvaliden zu ihrem Rechte kommen.

Aus der reichhaltigen Diskussion ist zu erwähnen, daß der Staatsrat Otto, der Vertreter des Reiches aus Thüringen, den Standpunkt vertrat, daß die Sozialrentner

mindestens den Kriegbeschädigten gleichgestellt

werden müßten. Eine vernünftige Regierung müsse, um die Not der Sozialrentner zu lindern, mit deren Organisationen zusammenarbeiten. Der Redner schloß sich eingehend, wie der Reichstag Thüringen unter Zusammenarbeit mit den Organisationen

nach besten Kräften dafür sorgt, daß die Not der Sozialrentner Thüringens gelindert werde. Die Reichsversicherungsordnung müsse vollständig vollkommen umgearbeitet werden.

Genossin Luise Zieg begrüßte die Delegierten im Auftrag unseres Parteivorstandes und der Reichssozialaktion. Der Kampf der Sozialrentner sei eine schwere Aufgabe gegen das heutige kapitalistische Gesellschaftssystem. Um die furchtbare Lage der Sozialrentner wenigstens etwas zu bessern, müßten sich die Sozialrentner in ihrem Verband zusammenschließen und gemeinsam mit den Organisationen der Arbeiter und Angestellten und den sozialistischen Parteien den

Kampf um ihre Existenz

aufzunehmen. In der Organisation der Sozialrentner müsse sozialistischer Geist herrschen. Dann wird es auch möglich sein, in der Gegenwart den Sozialrentnern ein anständiges Auskommen zu sichern.

Die weitere Diskussion der verschiedenen Delegierten war ein einigiger Kosmos von Menschen, die dem langsamen Hungertode ausgeliefert sind. Sehr beachtenswert waren die Ausführungen des Vertreters der versicherungswissenschaftlichen Medizin an der Berliner Universität, Herrn Dr. Wegers. Die Verbände der Versicherer müßten dafür sorgen, daß sie den Gutachten der Berufsvereinigungen usw. eigene Gutachten gegenüberstellen. Das koste heute auf Schwierigkeiten deshalb, weil es den Ärzten sehr schwer möglich sei, sich die zur Abgabe von Gutachten unerlässlichen Einrichtungen zu verschaffen. In dieser Beziehung könnten die Verbände sehr gute Arbeit leisten. Kontrollen müßten von den Organisationen

eigene Vertrauensärzte

eingeführt werden. Die Berufsvereinigungen hätten rechtzeitig dafür gesorgt, daß ihnen medizinische Autoritäten zur Verfügung ständen. Gegen diese Professoren kämen die anderen Gutachter so leicht nicht auf. Notwendig sei eine bessere Ausbildung der Studierenden in der sozialen Medizin und in der Behandlung der Unfallkranken, eine bessere Ausbildung der Gerichtsärzte. Es sei eine Notwendigkeit, daß die Gerichtsärzte, bevor sie angestellt werden, ohne Rücksicht auf etwaige Protektion, ein Examen für dieses besondere Gebiet abulegen hätten.

Die Tagung beschloß gegen wenige Stimmen zwei Resolutionen. Die erste verlangt bis zur grundlegenden Neugestaltung der Sozialversicherung folgende Maßnahmen:

1. Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung, Kontrolle aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten, möglichst aus den Reihen der Schwerbeschädigten; 2. durchgreifende Heilbehandlung ohne Befristung und Karenz, kostenlose Lieferung der erforderlichen Heilmittel, Lieferung aller notwendigen Hilfsmittel zur Arbeitsbefähigung, Arbeitserleichterung und Milderung körperlicher Schäden; 3. ausreichende Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit, Bekämpfung der Rentenleistungen und sonstiger Bezüge entsprechend dem Geldwert. Gleichmäßige Leistungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität, Unfallbeschädigung und Kriegsbeschädigung. Gesicherte Existenz für die Hinterbliebenen, Einführung des Grundlohns der Berufsunfähigkeit, Beseitigung des Begriffes „invalides Witwe“. Gewährung der Witwenrente auch an die Witwen der jüngeren Invaliden. Verlässliche Hilfeleistung für die Invaliden und deren Angehörigen. Aufhebung der Dreifachgrenze und der Unfallrentenfestsetzung und Berechnung der Unfallrenten nach dem wirklichen Jahresarbeitsverdienst. Beseitigung des § 162 der RVO. In Bezug auf die Krankenversicherung wird die Beseitigung der Begrenzung des Grundlohns gefordert.

Die zweite Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die Reichsfürsorgekonferenz verlangt von der Reichsregierung und preussischen Regierung, gemäß Artikel 161 der Reichsverfassung, Hinzuziehung der Vertreter des Zentralverbandes der Invaliden zur Beratung aller Fragen, die die soziale Versicherungsreform und soziale Fürsorge betreffen. Die Konferenz protestiert aufs schärfste gegen die bisher beobachtete Nichtachtung der Invalidenorganisation durch das Reichsarbeitsministerium und preussische Wohlfahrtsministerium.

Ein Ergänzungsgesetz zu den letzten Beamtenbefolgungsgesetzen soll den Parlamenten bereits im Januar gehen, nachdem die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen abgeschlossen sind. Die Ergänzung wird hauptsächlich den unteren Beamtengruppen Erleichterungen schaffen. Auch bei den Kinderzulagen werden Neuerungen in Erwägung gezogen, es ist vorgeschlagen worden für Kinder, die außerhalb des Wohnortes die Schule besuchen, außerordentliche Beihilfen zu gewähren. Dadurch würde für die Beamten in niedrigen Ortsklassen ein gewisser Ausgleich geschaffen werden.

Der Film am Dienstag

Filmreflexe

Als wir vor drei Monaten eine Kontrolle der Filmorgänge durch die „Freiheit“ ankündigten, begründeten wir die Notwendigkeit einer solchen Kontrolle u. a. auch damit, daß die Filmindustrie „zum großen, wenn nicht größten Teil“ von Leuten beherrscht wird, denen im Interesse der Allgemeinheit etwas häufiger auf die unsauberen Finger geklopft werden muß. Daraufhin fiel die Infanteriepresse der Filmindustrie mit Geschimpfe über uns her, die „Lichtbildbühne“ sprach uns „das erforderliche Sachwissen“ ab. Und die „Lichtbildbühne“ hat recht behalten! Wir bekennen heute reumütig, das erforderliche Sachwissen nicht besitzen zu haben, denn sonst hätten wir nicht bloß den „großen, wenn nicht größten Teil“ unserer Filmindustrie für verurteilt gehalten, sondern wären überzeugt gewesen, daß auch das von uns an der Filmindustrie gelassene „gute Haar“ nicht gut ist! Die Verleihgesellschaft des Oswaldfilms, also einer der größten deutschen Filmfabriken, inseriert in Tagesblättern und Nachschichtchriften nach der Aufführung der „Lady Hamilton“ die über diesen Film angeblich erschienenen Presseurteile. Mit welcher Eren und Redlichkeit sie dabei verfährt, geht aus der nun folgenden Gegenüberstellung hervor:

Die mittliche Presse Ihre Wiedergabe im

(„Vollst.“ vom 25. 10.): So wird hier kunstvoll ein wird hier kunstvoll ein Roman Roman illustriert — ins wirkliche Leben erhoben.

Die Regie ... vermag ... Die Regie vermag ... Entfaltungen zu geben ...

(„Lokalanzeiger“ vom 24. 10.): Krauß ... tarifiziert grundständig und bringt sich durch am maniche Wirkung.

(„Börzen-Kurier“ vom 23. 10.): ... die Titeltabelle mit Diane Held unzulänglich, der Admiral Held, der Admiral Nelson mit Contad Beidt vorzüglich be-

(„Tageblatt“ vom 25. 10.): Diane Held sieht sich mit Ehren Diane Held sieht sich mit aus einer Affäre, der sie künstlerisch voll gewachsen ist.

„Morgenpost“ vom 23. 10.): Oswalds Regie ist nicht immer Oswalds Regie ist immer ausgeglichen ...

Die in Inseraten so wiedergegebenen Presseurteile gehen in die Provinz und landen dort — bei erhöhten Eintrittspreisen, die mit so überaus günstigen Presseurteilen gerechtfertigt werden — das Volk in die Kinohölle, sie gehen ins Ausland und werden Käufer für dieses, sowie für weitere Produkte der Oswaldfabrikation. Der deutsche Film aber wird, wie die „Lichtbildbühne“ uns mit „erforderlichem Sachwissen“ belehrt hat, „zu einer selbst von einer fremdsprachigen Welt unerkannten Höhe gebracht“. Kommen Fällungen wie die oben behandelte aus Tageslicht — dank der Spinnweben Egon Jacobsons, des verdienstvollen Herausgebers der „Kinohölle“ — dann steht der betreffende Firma ja immer noch frei, zu erklären, sie wisse es weit von sich, mit derartigen Manipulationen in Verbindung gebracht zu werden, hier liegt ein Verstoß ihrer „Verleihgesellschaft“ vor, mit der sie nicht zu identifizieren sei. Natürlich gibt auch Oswald eine solche Erklärung ab, die Presse verzweifelt sie zu keiner Reinigung, und alles ist wieder in schärfster Ordnung. Die gefälligen Presseurteile aber können nicht mehr larriert werden, sie lösen und werden automatisch weiter, und die Habicht teilt sich mit der Verleihgesellschaft in den Gewinn, ohne sich mit dieser jedoch identifizieren zu lassen!

Filmschau

Das „Ufa-Theater“ am Kurfärstendamm kann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, den schlechtesten amerikanischen Film gezeigt zu haben, den man seit dem Kriege in Deutschland gesehen hat. Er heißt: „Das Weib und der Hampelmann“. Geraldine Farrar spielt die Hauptrolle und beweist in ihr, daß Opernsänger noch ungeeigneter für den Film sind als andere Bühnenschauspieler. Die und teilt, wie sie ist, begnügt sie sich damit, ihre Hüften, Arme, Beine und Augen zu verrenken. Sie kann nicht mal richtig laufen — und will eine übermäßige wilde Carmenrolle spielen. Sie mag die „Carmen“ hineinbringen — eine Kino-Carmen, als sie nicht. Das verlangt ganz, ganz andere Eigenschaften, als sie hat.

Zimmerlin merkt man bei ihr wenigstens die Härte und volle Persönlichkeit (wenn sie auch ganz ungeeignet für den Film ist). Ihr Partner aber ist eine erbarmungswürdige Katastrophe. Die Rollenfiguren sind miserabel. Und wenn man für die unwahrscheinlichen Ereignisse in Sevilla war, dann hat man den unglücklichsten Regisseur des Erdballs mitgenommen — er ist unfähig, auch nur eine charakteristische Landschaft und Sonette aus dieser herrlichen Stadt herauszuholen.

Der ganze Film hat mit einer guten Szene: er, der Mann, geht mit vorgestreckten Händen auf sie, die Carmen, los, die ihn bis zum Wahnsinn gereizt und quält hat. — man denkt, er will sie erwürgen — er will sie auch erwürgen, aber im letzten Moment erlirgt er sie nicht, sondern haut ihr eine kostige Ohr-

felge herunter. Das ist die einzige gute Szene. Man denkt unwillkürlich: wieviel Dramen (des Lebens und der Bühne) würden harmloser und weiter ausfallen, wenn man in ihnen statt Dolch, Revolver, Gift und Totschlag lieber ein paar Ohrfeigen anwenden würde.

Hinterher kam Chaplin als „Sträfling“ — und alles amsie auf.

In den „Richard-Oswald-Sichtspielen“ läuft einer jener Abenteuerfilme, die die deutsche Industrie den Amerikanern nachzumachen versucht. Die Herren der amerikanischen Abenteuerfilme sind aber immer brillante Sportsleute, die praktisch rollen, boxen, schwimmen, laufen und klettern können. Die deutschen Abenteuerfilme können sich höchstens einen jählichen Bart anleihen und einen Revolver aus der Tasche ziehen — und da sie außerdem nur mittelmäßige Schauspieler sind, sind diese deutschen Abenteuerfilme meistens recht langweilig. Der in den „Oswald-Sichtspielen“ heißt: „Die goldene Best“, Regisseur und Hauptdarsteller: Louis Ralph. Inhalt: Ein Anarchistenklub, der das Mittel gefunden hat, künstliches Gold zu erzeugen, überschwennt die Welt mit Gold. Die an und für sich amüsante, oft bearbeitete Idee findet hier eine außerordentlich alberne Variation. Nicht eine Szene versteht es, die Verwirrung, die durch den Ueberfluß an Gold in den Köpfen der Menschen und im Wirtschaftslieben der Welt entstehen muß, lebendig zu machen. Und alles verläuft schließlich in einer sentimentalen Liebesgeschichte. Eine ganz gute Idee — eine sehr schlechte Verfilmung.

H. S.

Jetzt wird uns der „Roman eines Dienstmädchens“ in einer von der Zensur genehmigten Form geboten (im Warmorhaus). Wir haben diesen Film schon anlässlich des über ihn verhängten Verbots besprochen. Er wirkt auch nach seiner Verfilmung durch Zensorenstrafen immer noch so künstlich und sein, daß man's einfach nicht begreift, warum die Zensur an ihm kein Vergernis mehr nimmt. Es spricht aus ihm immer noch ein so ehrliches Mitleid mit den getretenen Geschöpfen aus dem Volk, eine solche Beurteilung der verurteilten und verzerrten Weltanschauung, daß eine Zensurbehörde der königlich preussischen Republik da noch manches Unfähige finden müßte!

Unser Dank für das „Dienstmädchen“ gehört in erster Linie ihrem Verfasser Robert Diebmann. Bei ihm mögen sich auch Regisseur (Reinhold Schünzel) und Darsteller für die bis ins Einzelne durchgeleiteten filmischen Einfälle und Typen bedanken, die ihnen Javel Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Eigenart boten. Schünzel als Jäger Kellner mit verführerischer Wirkung auf Dienstmädchen hat hier seine beste Rolle.

Der zweite Teil von Joe Mays „Indischem Grabmal“ (im Ufa-Palast) steht dem ersten an filmtechnischer Auswertung nach. Die Handlung ist hier wie dort willkürlich zurechtgehackt und konfus. Kurz und gut: im Schlußbild steht das imposante Grabmal vollendet da, und man legt sich, daß dieser Bau ein schönes Geld gekostet haben muß. Unehliches legt man sich bei andern Bildern. Wenn man aber die ganze Zeit vor lauter monumentalen Bauten nicht ein Ständchen Sonne sieht, beginnt

